



Für
Menschenrechte
gegen
Extremismus



DEUTSCH-RUSSISCHER AUSTAUSCH E.V. НЕМЕЦКО-РУССКИЙ ОБМЕН



Blickpunkt Demokratie und Extremismus
Newsletter Osteuropa

Februar | 2009

Schwerpunkt: Sankt Petersburg

Inhalt	Seite
Chronik des Neonazis Borowikow (Sergej Nikiforow)	1
Warum in Sankt Petersburg die Kriminalität von Ausländern zunimmt (Irina Moltschanowaja)	3
Leiter der Petersburger GUVd (Städtische Abteilung für Innere Angelegenheiten) steckte Rechtsschützer, Spione und Extremismus unter einen Hut	6
Chronik	6
Information	9
Impressum	10

Sergej Nikiforow: Chronik des Neonazis Borowikow

Sankt-Petersburg. Die Staatsanwaltschaft hat einen dicken Punkt hinter die Strafsache der rechtsradikalen Bande unter ihrem Anführer Borowikow gesetzt. 100 Aktenordner, in denen die blutigen Verbrechen von „russischen Jugendlichen aus normalen Familien“ beschrieben werden, wurden ans Gericht geschickt. Petersburg wird sich noch lange der [Serie von grausamen Morden](#) und der Überfälle auf diejenigen erinnern, die ihre Hautfarbe „verraten“ hat sowie auf diejenigen, die versucht haben, dem extremistischen Wahnsinn Widerstand zu leisten.

Die Aufklärungskommission der Petersburger Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung der Strafsache der Bande von Dmitrij Borowikow abgeschlossen. Dies hat am Vortag der Chef der Untersuchungsabteilung von Sankt Petersburg, Andrej Lawrenko, mitgeteilt. Jetzt sollen die Skinheads vor Gericht gestellt werden. Von ihrer kriminellen Tätigkeit haben zwei Taten für besonderes Aufsehen gesorgt – der Mord an dem Gelehrten Nikolaj Girenko und der Mord an dem senegalesischen Studenten Lambar Samba.

Im Zuge der Aufklärung wurde festgestellt, dass seit 2003 auf dem Gebiet von Sankt Petersburg eine hervorragend organisierte Bande arbeitete, die von dem Studenten der juristischen Fakultät der Bezirksuniversität, Dmitrij Borowikow, und dem Arbeitslosen Aleksej Wojewodin angeführt wurde, die früher beide Mitglieder der Gruppe „Schulz 88“ gewesen waren. Als sie ihre Gruppe gebildet hatten, hatten sie auch einige Mitglieder der [Vereinigung Mad Crowd](#) rekrutiert. Ihren Austritt aus der Gruppe „Schulz 88“ begründeten die beiden Skinheads damit, dass der Anführer es abgelehnt hätte, radikale Aktionen durchzuführen. Außerdem wollten die beiden Neonazis selber Anführer werden.

Der stellvertretende Leiter der Kriminalpolizei von Sankt Petersburg und des Leningrader Bezirks, Sergej Sterlin, erzählte über sein erstes Treffen mit Borowikow am 9. Februar 2004 – unmittelbar nach dem Mord an dem tadschikischen Mädchen Churscheda Sultonowa. Vor dem Milizionär stand ein „reifer“ Extremist, der von seinen Kameraden „der Saure“ genannt wurde. Borowikow hatte einen sehr hohen Anspruch, er forderte Anerkennung und schaffte es, die Menschen seiner Umgebung mit seinen Ideen und Plänen schnell und langfristig „anzustecken“. „Ich fragte ihn nach seiner Beteiligung am Mord an dem Mädchen Sultonowa, und er sagte folgenden Satz: Wir töten seine Kinder.‘ Wenn ich geahnt hätte, wie wahr das war – denn sie haben Erwachsene getötet“, sagte Sterlin.

Im Jahr 2003 konnten Borowikow und Wojewodin noch 11 weitere Mitglieder um sich scharen. Die Gruppe besaß eine feste Struktur, in ihr herrschte harte Disziplin. Ihre Mitglieder verbinden eine gemeinsame Ansicht und Weltanschauung, die sich auf Rassenhass und strikte Ablehnung von Dunkelhäutigen richtet. Folgendes Beispiel veranschaulicht, wie fest alle Mitglieder der Gruppe die festgelegten Regeln zu beachten hatten: Alle mussten unbedingt immer Messer bei sich tragen, und falls jemand erwischt wurde, der sein Messer vergessen hatte, musste er eine Strafe in die Gemeinschaftskasse einzahlen (die auch regelmäßig durch Pflichtbeiträge aufgefüllt wurde). Das Geld diente für die Vorbereitung von Überfällen sowie den Erwerb von Waffen und Kampfausrüstung.



Aus konspirativen Gründen hatte die Gruppe keinen Namen, die gewöhnlichen Mitglieder wussten nichts über die Identität ihrer „Kollegen“ und nannten sich ausschließlich mit Decknamen. Es war streng verboten, am Telefon über Themen zu sprechen, die in Zusammenhang mit Überfällen und Morden standen. Außerdem konnten die Mitglieder, die an bestimmten Aktionen nicht teilgenommen hatten, keine Einzelheiten darüber von ihren Kameraden erhalten.

Am 9. August 2003 begann die Gruppe Borowikow mit ihren Kampfhandlungen. Im Dorf Nikolskoe im Leningrader Bezirk schlugen die Skinheads zwei Armenier mit Stöcken und Ketten zusammen. Die Opfer überlebten. Am 12. Oktober fügten die Banditen einem nigerianischen Staatsbürger in der Straße „Panzerfahrer Chrustizkij“ 30 Stichwunden mit dem Messer zu – auch dieses Opfer überlebte. Aber die Neonazis wollten einen tatsächlichen Mord begehen, und am 14. Dezember des gleichen Jahres gelang es ihnen: In der Marat-Straße wurde der nordkoreanische Staatsbürger Kim grausam umgebracht. Danach beschloss die Bande, sich [echte Schusswaffen](#) zu beschaffen – offensichtlich um künftig gezielt töten zu können. Die Neo-Nazis traten mit sogenannten „schwarzen Ausgräbern“ (die an Schauplätzen von Weltkriegsschlachten illegal nach Waffen suchen, um diese restauriert zu verkaufen) in Kontakt, die die Skins mit einem ganzen Arsenal an Tötungsgerät ausstatteten. Karabiner und Gewehre mit abgesägten Läufen, Maschinenpistolen und andere Waffen gelangten auf diesem Wege in ihre Hände. Darüber hinaus versorgten sich die zum Teil volljährigen Skinheads auf legale Weise mit drei Karabinern der Marke „Saga“, einer Gaspistole vom Typ „Izh“ und einer Pump-Gun. Derartig hochgerüstet, beschlossen Borowikow und Woewodin die Mitglieder durch eine Bluttat an die Gruppe zu binden. Sie planten die Ermordung zweier Petersburger Studenten, die zwar mit nationalistischen Ideen sympathisierten, aber im Kreis der Skinheads als unsichere Kantonisten galten. Die Hinrichtung der vermeintlichen Verräter war von einzigartiger Grausamkeit. Sie wurden unter dem Vorwand, einen Angriff auf ein Zigeunerlager durchführen zu wollen, in das Leningrader-Gebiet gelockt. Am 7. Juni 2004 brachen die Skins von der Bahnstation „Sachodskoje“ in den Wald auf. Dort wurden die Jugendlichen mit Armbrüsten und Flinten erschossen. Noch während sie atmeten, stach ihnen jedes Bandenmitglied ein Messer in den Leib. Anschließend wurden die zerfetzten Überreste der Studenten am Ort des Verbrechens verscharrt.



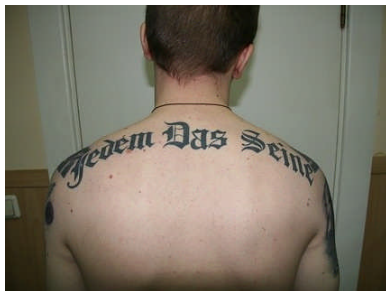
Zum nächsten Opfer der Skinheads wurde der Wissenschaftler Nikolaj Girenko – Extremismus-Experte und Fachmann auch im Fall der Gruppe „Schulz 88“. Die Ermordung wurde sorgfältig geplant. Borowikow wählte mit einem Mauser-Karabiner eine historische Tatwaffe von hoher Symbolkraft aus – mit ihm waren schon die Soldaten der faschistischen Wehrmacht bewaffnet gewesen. Der Wissenschaftler wurde durch seine Wohnungstür hindurch erschossen.

Ende des Jahres 2005 führten Ermittlungen schließlich zur Ergreifung einiger Mitglieder der Verbrecherbande, unter ihnen auch Woewodin. Borowikow ergriff die Flucht und tauchte unter, die Miliz suchte intensiv nach ihm und nahm im Zuge dessen auch Hausdurchsuchungen bei Bekannten und Verwandten vor. Ungeachtet dieser Situation schaffte es der Skinhead, einen weiteren Mord vorzubereiten, der die Stadt erschüttern sollte: Zusammen mit einem Komplizen legte er sich in einem der Bögen an der Fünften Krasnoarmejskaja-Straße, an dem des öfteren ausländische

Studenten auf dem Rückweg vom Klub „Apollo“ vorbei kamen, in den Hinterhalt. Kurz nachdem eine Gruppe dunkelhäutiger Studenten den Bogen passiert hatte, [eröffnete Borowikow hinterrücks das Feuer aus einer Pump-Gun](#). Lambar Samba verstarb noch am Ort des Verbrechens, während Borowikow absichtlich die Tatwaffe mit der Aufschrift „Tod den Negern“ dort zurück ließ.



Der Effekt war erreicht: Die städtischen Medien überschlugen sich mit der Veröffentlichung schockierender Meldungen. Berauscht von Erfolg und Ruhm verübte der in Freiheit verbliebene Kollege Borowikows ein weiteres blutiges Verbrechen. Im Dorf Sanewka erstach er einen usbekischen Kraftfahrer, ritzte ins Gesicht des Opfers ein Hakenkreuz und auf dessen Auto die Losung „Der Kampf hat begonnen“. Die Miliz stellte eine neue Qualität der letzten beiden Verbrechen der Bande Borowikows fest: Nun wurden derart offensichtliche Spuren an den Tatorten hinterlassen, dass bei den Ermittlern kaum noch Zweifel daran aufkommen konnten, dass die Verbrechen von Skinheads verübt worden waren.



Im Frühjahr 2006 wurde die Bande endgültig zerschlagen. [Dmitrij Borowikow wurde am 18. Mai bei dem Versuch erschossen](#), sich seiner Festnahme zu entziehen. Auf das Konto der Gruppe gehen sieben Überfälle und acht Morde. [Die Strafsache umfasst mehr als hundert Aktenordner](#). Dennoch wollen die Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft bis heute nicht glauben, dass die dort beschriebenen Bestialitäten nicht von altgedienten Schwerverbrechern, sondern von ganz normalen russischen Jugendlichen aus gutem Hause und ohne Vorstrafenregister begangen wurden. Sieben von 30 Bandenmitgliedern waren Studenten an einer der Sankt Petersburger Hochschulen. Das Weltbild der Skinheads kann ihrer Umgebung kaum verborgen geblieben sein: Offen trugen sie eindeutige Tätowierungen zur Schau, ihre Wohnungen waren mit faschistischen Bannern behangen und die Festplatten ihrer Computer quollen vor Materialien extremistischen Inhalts geradezu über. Dennoch konnte niemand – oder wollte niemand – etwas Merkwürdiges im Verhalten der jungen Menschen erkennen.

Nachdem die Skinhead-Bande Borowikow [aufgedeckt wurde](#), hat man in Petersburg angefangen sich über die heranwachsende Generation ernsthaft Sorgen zu machen. Die Regierung hat das Programm „Toleranz“ beschlossen, in dessen Rahmen Kindern Toleranz gegenüber Fremden beigebracht werden soll und Pädagogen und Eltern unterwiesen werden sollen, wie extremistisch eingestellte Jugendliche an der Farbe ihrer Hosenträger und ihrer Geisteshaltung zu erkennen sind. Es wäre möglich, dass diese gut gemeinten anfänglichen Maßnahmen die Stadt in Zukunft von faschistischen Gruppierungen befreit. Jedoch lassen sich im heutigen Petersburg Menschen finden, die den Fall Borowikow fortführen. Das Internet ist bereits zu einem speziellem Mittel der Verbreitung der „Heldentat des weißen Soldaten“ geworden: Über Borowikow werden Clips gedreht und Lieder gesungen.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft haben Milizionäre nach der Aufdeckung der Bande Borowikow noch einige weitere extremistische Gruppen aufgedeckt. Insbesondere wird zurzeit der Fall über eine [Detonation in einem McDonald's](#) behandelt. Zudem hat das Gericht in dieser Woche Extremisten, die in der Siedlung Repino in einem Kurgebiet einen Usbeken ermordet haben, zu Haftstrafen verurteilt. In der Staatsanwaltschaft dauert die Untersuchung zweier Straftaten weiter an. Die Betroffenen sind wegen Verbrechen, die infolge von Rassenhass begangen wurden angeklagt.

Quelle: <http://www.rosbalt.ru/2008/12/12/602365.html> 12.12.2008

Warum in Sankt Petersburg die Kriminalität von Ausländern zunimmt

Wie wirkt sich die Finanzkrise auf die Zunahme von Verbrechen aus? Hat sich die Verteilung der kriminellen Kräfte verändert? Lässt sich für die Zukunft ein erneuter Ausbruch der durch Ausländer verursachten Kriminalität erwarten? Der stellvertretende Staatsanwalt von Sankt-Petersburg, der Oberste Justizberater Alexej Majakow, verantwortlich für die Fragen der Abteilung zur Aufsicht über die Ausführung von Gesetzen über die föderale Sicherheit und die internationalen Beziehungen, antwortete am Tag der Staatsanwaltschaft auf die Fragen der Korrespondentin Irina Moltschanowa der russischen Journalisten-Agentur „A jour“.

- Welchen Anteil machen Bürger aus Asien, aus den Ländern der GUS und aus dem fernen Ausland unter denjenigen Ausländern aus, die in Petersburg Verbrechen begangen haben?



- Die größte Zahl der Verbrechen begehen die Bürger der GUS. Unter ihnen führen die Usbeken, sie begehen in etwa ein Drittel der Verbrechen. An zweiter Stelle stehen die Aserbaidschaner. An dritter Stelle stehen die Tadschiken. Auf sie folgen die Ukrainer. In Petersburg ist das Haus der Nationalitäten aktiv. Ich persönlich habe mich mit den Leitern aller Diaspora getroffen. Jedoch können Sie nur auf diejenigen einwirken, die Sie kennen. Und was ist, wenn ein Mensch illegal in der Stadt eintrifft? Zu uns kommen ja bei weitem nicht die Menschen der besten Sorte. Sie werden aus ihren Republiken verdrängt, weil sie sich dort

nicht benehmen wie es sich gehört.

- *Im Jahr 2008 wurden innerhalb von elf Monaten 682 Verbrechen gegen Ausländer begangen. Im Vergleich zum vorhergehenden Jahr handelt es sich eindeutig um einen Rückgang um acht Prozent. Wie lässt sich diese Zahl erklären?*

- Die Erklärung liegt auf der Hand, wenn man eine andere Statistik betrachtet. Bei uns ist im Allgemeinen die Kriminalität in der Stadt zurückgegangen. Die Zahl der Verbrechen hat sich im Vergleich zu 2007 um 18 Prozent verringert. Mit anderen Worten, der Rückgang der gegenüber Ausländern begangenen Verbrechen passt in das Gesamtbild. Die Lage wurde durch einen Katalog prophylaktischer Maßnahmen, die sowohl von staatlichen Behörden als auch von Organen des Rechtsschutzes durchgeführt werden, beeinflusst. Wir realisieren eine große Arbeit zur Vorbeugung der Verbrechen.

- *Welche konkrete Arbeit? Der Begriff „prophylaktische Maßnahmen“ klingt sehr abstrakt.*

- Es wird eine Analyse durchgeführt, wo, an welchen Plätzen, am häufigsten Verbrechen stattfinden. An diesen Brennpunkten finden Patrouillen der Miliz statt, Videokameras und Alarmknöpfe mit der Aufschrift „Bürger – Miliz“ werden installiert. Zum Beispiel wurden im Alexandergarten in den vergangenen Jahren sehr viele Verbrechen begangen. Nachdem jedoch in dem Garten eine Beleuchtungsanlage eingerichtet wurde und Milizposten näher rückten, ist die Kriminalität von dort verschwunden. Auf dem Sennaja-Platz wurde ein fester Wachposten der Miliz eingerichtet – ein Wachhäuschen mit der Aufschrift „Miliz“. Das Resultat war umgehend merkbar: Die Zahl der Verbrechen ging stark zurück.

Ich klopfte auf Holz, aber im vergangenen Jahr hat es keine nennenswerten Übergriffe auf ausländische Studenten gegeben. Diesen war erklärt worden, wie sie sich möglichst zu verhalten hätten, wann sie wohin gehen könnten und wann sie das besser vermeiden sollten. In der Nähe der Wohnheime wurden Polizeiwachen aufgestellt.

- *Gut, warum steigt dann die Zahl der Straftaten, die von Ausländern begangen werden? Ihren Zahlen zufolge sollen das im letzten 1.340 gewesen sein, 29% mehr.*

- Die Zahl der Straftaten wächst, weil mehr Migranten kommen. In den ersten elf Monaten 2007 wurden 610.000 Migranten registriert. Für denselben Zeitraum 2008 sind das schon fast 700.000. Gleichzeitig zogen 158.000 Menschen aus St. Petersburg fort. D.h. es kommen mehr Migranten als weggehen. Eine weitere aussagekräftige Zahl: Eine offizielle Arbeitserlaubnis erhielten nur 168.000 Ausländer.

- *Und wo sind dann die anderen fast 300.000 Menschen geblieben?*

- Das würde ich auch gern wissen. In unserer Stadt wurde eine verwaltungsübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, die dem Extremismus entgegenwirken soll. In den Versammlungen wurden die Leiter des Migrationsdienstes des Öfteren nach der realen Zahl der Migranten in St. Petersburg gefragt. Sie können die Frage aber nicht beantworten. Das müssen wir in den Griff bekommen, aber wir haben die Hände nicht in den Schoß gelegt. Wir haben Maßnahmen ergriffen und wollen eng mit dem Migrationsdienst zusammenarbeiten. Übrigens kommt der unserer Meinung nach seinen Aufgaben nicht nach. Es ist kein Geheimnis mehr, dass ein Arbeitgeber, der keine Steuern zahlen will, an billigen Arbeitskräften, vor allem aus dem Nahen Osten, interessiert ist. Sein Problem löst er erfolgreich mit Hilfe eingeweihter Polizisten und Mitarbeitern des Migrationsdienstes. Man muss in solchen Fällen eindeutig von Korruption ausgehen. Z. B. führt der Migrationsdienst regelmäßig Razzien durch, um illegal beschäftigte Migranten aufzufindig zu machen, aber bei einigen Firmen schließt man die Augen, obwohl man weiß, dass es welche gibt.

- Wurden schon Mitarbeiter des Migrationdienstes verurteilt?

- Es gibt einige Strafverfahren, aber die sind momentan in Arbeit. Bisher gibt es keine Verurteilungen. Heute wird übrigens eine Strafsache in Zusammenhang mit dem Leiter des Migrationsdienstes für das Zentrum verhandelt. Aber dazu darf ich zu diesem Zeitpunkt der Ermittlungen nichts sagen.

Newsker Tadschiken gegen Krasnogwardejsker Tadschiken.

- Ist denn die Zahl der extremistisch motivierten Straftaten angewachsen?

- Für 2008 werden 16 registrierte Straftaten aus nationalistischen Motiven festgehalten (2007 waren es 10). Der Großteil steht aber nicht in Verbindung mit Gewalthandlungen, sondern mit der Verbreitung von Infomaterial – Hetzschriften in gedruckter Form und im Internet. Hier ist der Gehalt der Straftaten offensichtlich. Aber die Statistik ist trotz allem nicht repräsentativ, denn wir können zwar einen nationalistischen Hintergrund der Straftaten vermuten – beweisen können wir ihn jedoch nicht immer. Im letzten Jahr wurde der Tatare Damir Zajnullin umgebracht, erstochen von einem jungen Mädchen, Maria Chapilina, die schon zu zehn Jahren verurteilt worden ist. Wenn man das in professionellem Slang ausdrücken will, war das eine extremistische „Sauerei“ – darauf wiesen auch einige Attribute hin sowie Chapilinas Mitgliedschaft in einer Skinheadgruppe –, aber faktisch bewiesen wurde nur, dass Zajnullin mit einem der Typen zusammengeprallt ist, für den Chapilina fast die Patentante war. In diesem Verbrechen gibt es Hinweise auf Extremismus, aber sie sind nicht bewiesen. Deshalb wurde der Mord als Mord aus persönlichem Hass eingestuft.

- Gibt es Verbrechen unter den Ausländern selbst?

- Natürlich. Auseinandersetzungen dieser Art gibt es jede Woche, im Wesentlichen geht es um alltägliche Streitigkeiten. Es gibt kriminelle Gruppen, die Geld von Migranten erpressen, die ehrlich auf dem Bau arbeiten.

- Aber kommen denn auch absurde Geschichten vor, wenn ein Ausländer an einem Ausländer eine Straftat aufgrund der anderen Nationalität begangen hat?

- Verurteilungen gibt es hier keine. Im letzten Jahr passierte es, dass auf dem Hof der Apraksins Tadschiken und Usbeken die Verhältnisse unter sich selbst geklärt haben. Sie haben das Gebiet, den Einflussbereich, unter sich aufgeteilt. Es kam sogar zu Messerstechereien. Aber trotzdem ist das nicht dieser Extremismus, über den wir sprechen. Massenzusammenstöße gab es auch im Krasnogwardejsker Kreis; dort kamen Zuwanderer aus Mitteleuropa zusammen und teilten sich die Arbeitsplätze. Es ging sogar so weit, dass sie sich in „Newskier Tadschiken“ und „Krasnogwardejskier Tadschiken“ aufteilten.

- Welche Straftaten begehen denn die Ausländer?

- Sie begehen vor allem Straftaten aus Habgier –– Diebstähle, Plünderungen, Raubüberfälle. Außerdem Körperverletzungen auf Grund persönlicher feindseliger Beziehungen.

- Und Vergewaltigungen?

- 2008 wurden 90 Prozent der Vergewaltigungen, die in Petersburg begangen wurden, aufgeklärt. Der größte Teil wurde von Zuwanderern aus den Nachbarländern begangen.

- Ist es in Ihrer Berufspraxis auch vorgekommen, dass Ausländer nationalistisch motivierte Intoleranz gegenüber Russen gezeigt haben?

- 2006 gab es einen einzigen Vorfall. Ein gewisser Safarow hat Iwanow (Name von der Redaktion geändert) in der Öffentlichkeit als „russisches Schwein“ bezeichnet. Ein Strafverfahren wurde eingeleitet, vor Gericht verhandelt, aber dort haben sie sich versöhnt.

- Was ist mit der Bande von Borowikow-Wojewodin, und hat sie Anhänger?

- Im vorigen Dezember ging der Fall dieser Bande schon vor Gericht. Solange die Geschworenen kein Urteil gefällt haben, möchte ich im Moment auf weitere Einzelheiten dieses Fall nicht eingehen. Die Untersuchung einer Serie von Straftaten, die von einer Gruppe mit extremistischer Ausrichtung begangen wurden, wird fortgesetzt. Zu den Opfern gehörten auch die tuwinische Journalistin Sajana Mongusch, der Bürger Brener aus St. Petersburg sowie der usbekische Staatsbürger Chaitow. Die Mitglieder dieser Gruppierung trafen sich in einem Sportklub im Wyborger Kreis. Das war praktisch eine Untergrundbewegung, die von einem 14-jährigen Jugendlichen angeführt wurde. Er wurde bereits wegen einer Straftat verurteilt und warte auf die Verurteilung in einem weiteren Fall. Die Jugend von heute ist übrigens sehr gut darüber informiert, wie sie ertappt werden können. Sie lesen viel Fachliteratur, deshalb können sie auch so genau im Geheimen operieren. Sie schreiben sich übers Internet, sie treten nicht in Massen auf, sondern kommen in Gruppen von zwei bis drei Leuten zu-

sammen. Sie überfallen wortlos, schreien keine nazistischen Parolen. Sie sind maskiert, deshalb wird die Aufklärung dieser Straftaten immer komplizierter.

- *Es ist klar, dass die Wirtschaftskrise Einfluss auf das Wachstum der Kriminalität haben wird, auch auf die „ausländische“. Die Frage ist nur, in welchem Maße?*

- Ich denke nicht, dass man die Bürger verschrecken sollte, da wir Maßnahmen unternommen haben und unternommen werden. Den Hauptakzent legen wir auf den Migrationsdienst und die Abschnittsbevollmächtigten der Miliz. Aber man kann einen Anstieg der Kriminalität nicht ausschließen. Wann es passiert, kann ich nicht sagen, ich bin schließlich nicht Pawel Globa. Aber ich denke, dass wir katastrophalen Folgen entrinnen werden.

Quelle: <http://www.fontanka.ru/2009/01/12/034/> 12.01.09

Leiter der Petersburger GUVD (Städtische Abteilung für Innere Angelegenheiten) steckte Rechtsschützer, Spione und Extremismus unter einen Hut

Am 19. Januar 2009, während er zum Kollegium der GUVD in St. Petersburg sprach, legte der Leiter der Behörde, Wladislaw Piotrowskij, Rechenschaft über den Kampf gegen den Extremismus im vergangenen Jahr ab und stellte einige Prognosen für die Zukunft an. Piotrowskij stellte einen Anstieg extremistisch motivierter Straftaten fest und erklärte weiter: „Es ist mit einer Belebung der Tätigkeit der Rechtsschutzorgane zu rechnen, über die ausländische Sondereinheiten ihre extremistischen Aktivitäten finanzieren.“ Die spöttische und empörte Reaktion Petersburger Ehrenamtler ließ nicht lange auf sich warten. Der Leiter der Ortsgruppe der Partei „Jabloko“, Maksim Resnik, erklärte, dass ein Psychiater solche Aussagen kommentieren solle. „Anstatt die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger zu wahren, verhindert er mit allen möglichen Mitteln die Umsetzung friedlicher Maßnahmen der Bürger“, kommentierte Resnik die Worte von Piotrowski.

Ein anderer bekannter Petersburger Vertreter der Partei „Jabloko“, Boris Wischnewskij, schickte Piotrowskij einen Brief mit der Bitte um schriftliche Antwort, in dem er unter anderem schreibt: *„Im Zusammenhang damit, dass ich aktiv mit einer ganzen Reihe von Rechtsschutzorganisationen und öffentlichen Organisationen zusammenarbeite und zudem für die Wahlen zum Stadtrat kandidiere, bitte ich, um mich vor jedweden Kontakten mit ausländischen Nachrichten- und Geheimdiensten zu schützen und jeglicher Beteiligung an extremistischer Tätigkeit vorzubeugen, mir mitzuteilen, über welche öffentlichen Organisationen und Rechtsschutzorganisationen genau in St. Petersburg extremistische Tätigkeit durch ausländische Nachrichtendienste finanziert wird.“*

Quelle: http://www.mr-spb.ru/news/politics/story_8124.html

<http://www.regnum.ru/news/1113732.html> 22.01.2009

Chronik

Drei Nationalisten wegen Mordes an Zuwanderern verdächtigt

Am 13. Januar hat die Staatsanwaltschaft von St. Petersburg ein Gerichtsverfahren gegen drei Bürger der Stadt eingeleitet, die verdächtigt werden, gebürtige Dagestaner in der Eingangshalle der städtischen U-Bahn ermordet zu haben.

„Fest steht, dass in der Eingangshalle der Metrostation, Udelnaja' drei arbeitslose junge Leute demonstrativ nationalistische Losungen rufend zwei Bürger Dagestans überfallen und verprügelt haben. Die Betroffenen haben keine medizinische Hilfe in Anspruch genommen“, meldete ein Informant der Rechtsschutzorganisationen telefonisch der Nachrichtenagentur [RIA – „Nowosti“](#).

Seinen Worten zufolge wurde das Gerichtsverfahren auf der Grundlage von Materialien des Zentrums „E“ – eine neue Einheit des Polizeipräsidiums der Stadt Petersburg und des Leningrader Bezirks zur Bekämpfung von Extremismus – eingeleitet.

Mit dem frühzeitigen Reagieren auf die veränderte Sicherheitslage und der effektiven Bekämpfung von Verbrechen an der Wurzel zwischennationaler Intoleranz ergreift das russische Innenministerium Maßnahmen, die sowohl auf die Verhütung und Aufdeckung von Verbrechen gerichtet sind als auch auf die Beschränkung der negativen Folgen für das gegenseitige Verhältnis mit anderen Staaten.

In der Abteilung des Innenministeriums für strafrechtliche Verfolgung wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in deren Aufgabenbereich es fällt, die Situation in eben diesem Bereich zu beobachten, den Organen der inne-

ren Sicherheit vor Ort organisatorische und praktische Unterstützung zu leisten, vor allem den Polizeipräsidien Moskau und Moskauer Umland sowie St. Petersburg und Leningrader Bezirk.

Die Ermittlungsarbeit von Straftatbeständen gegen Leben und Gesundheit, die auf nationalistische Tatmotive in Bezug auf ausländische Bürger hindeuten, unterliegen der ständigen Kontrolle.

Quelle: <http://hro1.org>

<http://www.rian.ru> 14.01.2009

Hausdurchsuchung bei Memorial für gesetzeswidrig befunden

Das Dsershinsker Bezirksgericht von St. Petersburg gestand ein, dass die [Hausdurchsuchung](#), die im Dezember 2008 durch den Untersuchungsausschuss der Staatsanwaltschaft der Russischen Föderation in dem wissenschaftlichen Forschungszentrum „Memorial“ durchgeführt wurde, gesetzeswidrig war. Das Gericht beschloss zudem alle bei der Durchsuchung beschlagnahmten Materialien zurückzugeben, lehnte es jedoch ab, das Vorgehen des Untersuchungsausschusses juristisch zu bewerten. Der Rechtsanwalt Iwan Pawlow schließt die Möglichkeit einer Klage vor Gericht wegen Verteidigung der Ehre, der Würde und des strafrechtlichen Rufes von „Memorial“ nicht aus. Es sei daran erinnert, dass im Dezember vergangenen Jahres der ständige Vertreter der Russischen Föderation bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Anwar Asimow, im ständigen Rat der OSZE [auftrat](#) und sagte, die Behörden haben allen Grund anzunehmen, dass „Memorial“ in die Finanzierung extremistischer Tätigkeit verwickelt sei (und zwar die Herausgabe der Zeitung „Neues Petersburg“).

Quelle: <http://www.kommersant.ru/doc-y.aspx?DocsID=1105978>

<http://sova-center.ru> 21.01.2009

Petersburger SSler verhaftet



Am 21. Dezember 2008 nahmen Mitarbeiter der Sicherheitsorgane in Sankt Petersburg auf der Strelka der Wasiljewskij-Insel etwa 35 Menschen (darunter 7 junge Frauen) fest, im wesentlichen Mitglieder der Organisation „Slawischer Bund“, die sich dort zum Gedenken des Feiertags „Koljada“¹ versammelt ten. Ende Dezember 2008 wurde bekannt, dass Strafen nach Nr.1, Artikel 20.3 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation (Propaganda und öffentliches Demonstrieren von Nazi-Attributen oder Symbolen)verhängt wurden, und zwar für das Demonstrieren von Nazi-Symbolen und das Heben der Hand zum fa-

schistischen Gruß. Es ist bekannt, dass der Anführer der Abteilung des „Slawischen Bundes“ „Warjag“ (dt., der Waräger“) von Sankt Petersburg mit 15 Tagen Haft bestraft wurde, ein anderer mit fünf Tagen, drei Leute erhielten eine Geldstrafe von 300 Rubel. Informationen über die anderen Verhafteten werden noch präzisiert.

In der Mitteilung wird auch darüber informiert, dass ein früherer Befehlshaber einer der Unterabteilungen des Slawischen Bundes aus den Reihen der Streitkräfte entlassen worden war. Die Mitarbeiter der Hauptverwaltung des Innenministeriums der Russischen Föderation für den Nordwestlichen Föderalen Kreis haben bei ihm registrierte Waffen, mit und ohne abgesägten Lauf, beschlagnahmt.

Quelle: Nach Materialien rechtsradikaler Seiten.

<http://sova-center.ru> 25.12.2008

¹ In der slawischen Mythologie ist Koljada die Personifizierung des Beginns des neuen (landwirtschaftlichen) Jahres, der Fruchtbarkeit im Frühling und der reichen Ernte im Herbst, meist dargestellt durch eine geschmückte Puppe, Vogelscheuche oder Garbe, die im Rahmen einer rituellen Feier verbrannt wird. (Anm. d. Ü.)

Die Wagons der Petersburger Metro wurden mit neonazistischen Flugblättern beklebt



Wie ein Korrespondent von „Rosbalt“ mitteilte, wurden die Wagons der Linie 1 der Petersburger Metro mit faschistischen Flugblättern beklebt. Die Flugblätter tauchten in großen Mengen auf und widmeten sich unterschiedlichen Themen.

Auf einem von ihnen war ein Skinhead mit einem Gewehr dargestellt. Das Bild hatte die Unterschrift: „Heute muss man seine Heimat nicht nur lieben. Man muss für sie kämpfen.“ Auf einem anderen Flugblatt war der Ostankino-Fernsehturm in Form eines Davidsterns gezeichnet, worauf geschrieben stand „Alle Massenmedien lügen“.

Das dritte Flugblatt war in der Art eines Straßenschildes gestaltet, mit einer durchgestrichenen Figur eines Straßenarbeiters mit offensichtlich orientalischem Äußeren.

Quelle: <http://www.rosbalt.ru/2008/12/30/607575.html> 30.12.2008

Durchsage über Zigeuner in der Metro von Sankt Petersburg

Am 22. Januar 2009 hat in St. Petersburg in der Metro-Station „Dostojewskaja“ eine Mitarbeiterin der Metro über Lautsprecher bekannt gegeben „Vorsicht, auf der Station sind Zigeuner!“.

Zu dieser Zeit ging eine Gruppe von Sinti und Roma durch den Durchgang zwischen den Stationen „Wladimirs-kaja“ und „Dostojewskaja“.

Quelle: <http://www.rosbalt.ru/2009/01/22/611912.html> 23.01.2009

Mitglieder einer inoffiziellen Jugendgruppe wurden an der Metro-Station „Prospekt Proswechtschenija“ zuerst von Nazis erpresst, danach von der Miliz

Bei der Metro-Station „Prospekt Proswechtschenija“ haben Neonazis am späten Abend des 28. Januar eine Gruppe Jugendlicher angegriffen, die ihrem Äußeren nach wie Antifaschisten aussahen. Wie einer der Leidtragenden dem Korrespondenten von ZAKS.Ru in Sankt Petersburg erzählte, kamen ungefähr gegen 23 Uhr zwei Männer mit charakteristischem „neonazistischem“ Äußeren auf sie zu und fingen einen Streit mit ihnen an; dann zog einer von ihnen eine Pistole und gab einen Schuss auf einen der Jugendlichen – Igor Chatschukajew – ab. Danach verschwanden die Angreifer. Die jungen Leute riefen einen Rettungswagen für den Verletzten, mit welchem zusammen auch eine Streife der Miliz ankam. Es gelang den Mitarbeitern der Sicherheitsorgane nicht, die Angreifer zu finden, dafür nahmen sie die Überfallenen alle zusammen, außer dem am Hals verletzten Chatschukajew, der im Krankenhaus behandelt werden musste, mit auf die 58. Miliz-Abteilung. Dort wurden sie, nach den Worten der Jugendlichen, mehrere Stunden festgehalten, und es wurde versucht, aus ihnen Geständnisse über ihre Zugehörigkeit zu einer inoffiziellen Jugendgruppe herauszuprügeln. Parallel dazu wurde die Wohnung Chatschukajews durchsucht, wobei, laut den Worten der Mitarbeiter der 58. Abteilung, anarchistische und linksradikale Literatur gefunden wurde. Spät in der Nacht wurden die jungen Leute entlassen, Protokolle über ihre Verhaftung wurden nicht aufgenommen und es wurde keinerlei Anklage erhoben.

Quelle: <http://www.zaks.ru/new> 29.01.2009

Alle Nationalbolschewisten, die in das Empfangszimmer von Putin in St. Petersburg eingedrungen sind, haben 5 Tage Arrest erhalten



Die Nationalbolschewisten waren in das Vorzimmer von Putin eingedrungen. Am Morgen des 30. Januar, gegen 11 Uhr, waren drei Aktivisten der offiziell verbotenen National-Bolschewistischen Partei NBP – Sergej Grebnew, Rawil Baschirow und Ewgenij Markin – in das Empfangszimmer auf dem Konnogwardejskij-Boulevard gekommen. Bei sich trugen sie Flugblätter mit Anti-Krisen-Thesen und einen Offenen Brief an Wladimir Putin.

„Die Situation in Russland ist nahe an einer Katastrophe. Einige Zig Millionen Russen wurden von der Krise getroffen. Zurzeit haben wir eine Kürzung des Realeinkommens bei der Bevölkerung und einen Rückgang des Lebensstandards. Die Zahl der Arbeitslosen steigt, und von neuem haben wir ein aktuelles Problem mit nicht bezahlten Löhnen. Währenddessen werden von den Politikern nach wie vor die Schrauben angezogen, Protestkundgebungen werden unterdrückt, es wird eine Atmosphäre der Angst und der totalen Polizeikontrolle geschaffen. Wir fordern, dass umgehend Maßnahmen ergriffen werden, um diese Situation zu klären.“

Die Oppositionellen forderten ein Treffen mit Putin. Zwei der Aktivisten ketteten sich mit Handschellen an Heizkörper fest, während Grebnew eine Fahne der NBP aus dem Fenster hängte. Zwei weitere Aktivisten befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Eingang vor dem Empfangszimmer, wo sie Feuerwerkskörper zündeten und ein Transparent mit der Aufschrift „Putin, trag die Verantwortung für die Krise“ entrollten. Die Aktion dauerte ungefähr 15 Minuten. Dann wurden die drei Nationalbolschewisten, die sich im Empfangszimmer befanden, von den herbeigerufenen Milizbeamten der 1. Abteilung verhaftet und abgeführt. Den Aktivisten, die draußen geblieben waren, gelang die Flucht. Die Nationalbolschewisten, die das Zimmer besetzt hatten, wurden über Nacht verurteilt. Die Richterin der 4. Abteilung des Bezirks Admiraltejskij von St. Petersburg, Wiktorija Tschernikowa, lehnte das übliche Verfahren, die Übertragung des Gerichtsprozesses an den Wohnort, ab, und das Verfahren dauerte die ganze Nacht.

Die Nationalbolschewisten wurden des Tatbestandes der „Mutwilligen Ausschreitung“ nach Paragraph 20.1 des Verwaltungsgesetzbuches und des „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ nach Paragraph 19.3 des Verwaltungsgesetzbuches beschuldigt. Der Nationalbolschewist Sergej Grebnew und seine zwei Genossen erhielten fünf Tage Arrest. Wie „Fontanka.RU“ mitteilte, wurde diese Entscheidung von einem Friedensgericht getroffen.

Nach Aussage des Vorsitzenden des Regionalen Exekutivkomitees von „Einiges Russland“, Dmitrij Jurjew, „wurde der Raum durch die Aktion nicht beschädigt, lediglich die Mitarbeiter des Empfangszimmers hätten ein Gefühl des Abscheus durch das Zusammentreffen mit den Aktivisten empfunden.“

Quelle: <http://www.zaks.ru/new 31.01.2009>

Information

Arsenij Roginskij „Erinnerung an den Stalinismus“



Die Probleme im heutigen Russland, die mit der Erinnerung an den Stalinismus verbunden sind, sind schmerzhaft und scharf. Auf den Ladentischen gibt es Unmengen von Literatur über Stalin: Belletristik, Publizistik und pseudohistorische Werke. In soziologischen Umfragen rangiert Stalin nach wie vor unter den ersten drei der „herausragendsten Persönlichkeiten aller Zeiten“. Die Politik Stalins wird in den neuen Schulgeschichtsbüchern gerechtfertigt.

Daneben gibt es nicht anzuzweifelnde Untersuchungen von Historikern und Archivaren, Hunderte von tiefgründigen Bänden, die dem Stalinismus gewidmet sind, wissenschaftliche Abhandlungen und Monographien. Aber wenn diese überhaupt einen Einfluss auf das Bewusstsein der Masse haben, dann nur einen sehr geringen.

Die Gründe dafür sind zum einen Mängel in der Praxis dieser Bewegung, zum anderen ist es die Geschichtspolitik der letzten Jahre. Aber am meisten liegt es an den Besonderheiten, in denen sich heutzutage unsere nationale Geschichtserinnerung über den Stalinismus befindet.

Was verstehe ich an dieser Stelle unter Geschichtserinnerung, und was unter Stalinismus?

Den Vortrag des Vorsitzenden der wohltätigen Menschenrechtsorganisation „Memorial“, Arsenij Roginskij, den er auf der internationalen Konferenz „Geschichte des Stalinismus. Ergebnisse und Probleme der Erforschung“ am 5. Dezember 2008 gehalten hat, findet man im Internet auf folgender Website:

<http://www.kavkaz-uzel.ru/articles/145663>

Impressum

Übersetzung: Liv Drinnenberg, Felix Herrmann, Anne Kauer, Susanne Klinzing, Holger Löbell, Patricia Montag, Anja Schmidt, Inna Sterk
Zusammenstellung: Ewgenija Hartleben

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH

Mühlenstr.47

13187 Berlin

Telefon: 030 / 912079-3

Telefax: 030 / 912079-45

E-Mail: info@zentrum-demokratische-kultur.de

Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

gemeinsam mit

Deutsch-Russischer Austausch e. V.

Badstr. 44

D-13357 Berlin

Telefon: 030 / 44 66 80-0

Telefax: 030 / 44 66 80-10

E-Mail: info@austausch.org

Internet: www.austausch.org